

Pressekonferenz, 15. August 2019

## **Recht auf Bildung**

### Statement

**Hubertus Pellengahr**  
Geschäftsführer  
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wissen Sie, was ich echt nicht verstehe? Chinesisch. Diese großartige und traditionsreiche Sprache habe ich nie gelernt. So bedauerlich diese Wissenslücke ist, sie war für mich bisher kein großes Problem, da ich in Deutschland in einem deutschsprachigen Haushalt aufgewachsen bin, hier zur Schule und zur Uni ging und hier arbeite. Es gibt aber sehr viele Kinder und Jugendliche in Deutschland, die nicht in einem deutschsprachigen Haushalt aufgewachsen sind und daher vielleicht Chinesisch, Arabisch oder Ungarisch können, aber unsere Sprache entweder gar nicht, oder nicht gut genug sprechen, um hier erfolgreich zur Schule gehen zu können. Chancen- und Bildungsgerechtigkeit fängt bei der Sprache an. Allein deshalb müssen wir alles daran setzen, allen Kindern ausreichend gut Deutsch beizubringen, damit sie anschließend auch Rechnen, Lesen, Schreiben lernen können. Der CDU-Abgeordnete Carsten Linnemann hat eine entsprechende Debatte angestoßen und hat für sein wichtigstes Ziel, allen Kindern einen erfolgreichen Schulstart zu ermöglichen, meine vollste Unterstützung. Die Bildungsexperten debattieren schon seit langem darüber, wie man das am besten bewerkstelligen kann. Die Vorschläge reichen von einem verpflichtenden Vorschuljahr, rechtzeitigen Sprachtest für alle, bis hin zu gezielten Fördermaßnahmen. Was ich noch nicht beurteilen kann: welche Maßnahme am sinnvollsten und praktikabelsten ist. Was ich hingegen beurteilen kann: Im Jahr 2017 erreichten in Thüringen fast 47 Prozent der ausländischen Schulabsolventen keinen Abschluss, in Sachsen-Anhalt 40 Prozent. Im Bundesdurchschnitt sieht es kaum besser aus: 18 Prozent der ausländischen Schülerinnen und Schüler beenden ihre Schulzeit ohne Abschluss. Tendenz: steigend. Das ist besorgniserregend. Offensichtlich machen Hessen und Hamburg hier sehr viel mehr richtig, als andere Bundesländer. Dort verlassen „nur“ zehn, bzw. zwölf Prozent der ausländischen Kinder die Schule ohne Abschluss. Das ist immer noch zu viel. Aber genau dafür gibt es den INSM-Bildungsmonitor, den wir Ihnen dieses Jahr zum 16. Mal vorstellen.

Die Wissenschaftler des IW, allen voran Professor Plünnecke, haben erneut verglichen, wie die Bundesländer im Vergleich miteinander abschneiden. Dieser Vergleich ist dazu da, damit Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und alle, die sich mit Bildungspolitik befassen, sehen können, wo erfolgreiche, nachahmenswerte Konzepte zu finden sind. Auch in Bundesländern, die in einigen

Punkten schlecht abschneiden, gibt es Bereiche, in denen sie vorbildlich sind. Thüringen hat beispielsweise besonders gute Ganztagsangebote und vergleichsweise wenig Bewerberinnen und Bewerber bleiben ohne Ausbildungsplatz. Insgesamt belegt Thüringen den 3. Platz. Wer den INSM-Bildungsmonitor in den vergangenen Jahren beobachtet hat, wird sich erinnern, das Thüringen im Vorjahr noch auf dem 2. Platz lag. Dort steht jetzt Bayern, das sich – typisch für Bayern – mit dem dritten Platz nicht zufrieden gegeben hat und sich weiter verbessern konnte. Das Ziel der Bayern dürfte klar sein: der erste Platz. Den hat Sachsen seit 2006 inne, was für die Kontinuität der sächsischen Bildungspolitik spricht. Am anderen Ende der Tabelle hat sich leider wieder der scheinbare Normalzustand eingestellt: Berlin ist – nach einem Ausflug auf den 13. Platz – wieder Letzter. Auch hier in der Hauptstadt ist der Anteil der Schulabbrecher insgesamt, und vor allem der ausländischen Schulabbrecher, erschreckend hoch. Unterm Strich schneiden NRW, Bremen und Brandenburg zwar nur marginal besser ab, aber eben besser. Positiv zu bewerten ist, dass Berlin eine Qualitätskommission einberufen hat und sich nicht mit den Problemen abfinden möchte. Die genaueren Hintergründe zu den Auf- und Absteigern wird Ihnen gleich Prof. Plünnecke erläutern.

Vorab noch ein Wort zum Thema ökonomische Bildung, dem das IW ein Schwerpunktkapitel im INSM-Bildungsmonitor gewidmet hat. Laut einer aktuellen Civey-Umfrage sind 76 Prozent der befragten Erwachsenen der Meinung, dass Schülerinnen und Schülern nicht ausreichend beigebracht wird, wie man richtig mit Geld umgeht. Doch auch bei den Erwachsenen sieht es kaum besser aus. In einer internationalen Studie kam heraus, dass ein Viertel der Deutschen bei einem Einkauf mehrerer Produkte das Wechselgeld nicht korrekt berechnen kann. Deutschland befindet sich bei der ökonomischen Bildung im Vergleich zu den anderen Ländern nur im Mittelfeld. Das darf uns nicht genug sein. Wer ökonomisch gebildet ist, trifft die besseren Sparentscheidungen, hat seltener Überschuldungsprobleme und kümmert sich häufiger um eine eigene Altersvorsorge. Wer lernt, Gedichte zu interpretieren, sollte auch den eigenen Handyvertrag verstehen. Das ist kein Widerspruch! Gute ökonomische Bildung ist ein unverzichtbarer Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit. Ein Schulfach Wirtschaft sollte daher in allen Bundesländern auf dem Stundenplan stehen. Mehr dazu und welche Bundesländer da schon erfolgreich engagiert sind, finden Sie in der Studie.

Zurück zum Ländervergleich. Der beobachtete Rückschritt in wichtigen Handlungsfeldern ist alarmierend. Mehr Geld allein macht noch keine gute Bildung. Auch wenn die Bildungsausgaben zunehmen und der Staat mehr in Kita und Ganztagschule investiert – das Geld muss vor allem effektiver eingesetzt werden. Wir schlagen daher vor: Mehr bundesweite Vergleichstests und mehr Handlungsfreiheit für die Schulen, um einen Ideenwettbewerb zu entfachen. Zudem müssen gleichzeitig die Gelder für die Schulen nach einem Sozialindex verteilt werden, der nach den familiären Hintergründen der Schüler differenziert. Wir brauchen mehr Mittel für Brennpunktschulen und Schulen mit hohem Ausländeranteil, um die Schwächsten besser fördern zu können. Wen ich Prof. Plünnecke richtig verstanden habe, lohnt hier ein Blick nach Hamburg. Die Herausforderungen an ein modernes Bildungssystem reichen dabei von Durchlässigkeit und Integration bis zur Sicherung von digitaler und ökonomischer Grundbildung.